TÜRKİYE BARIŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

Europakomitee für Frieden und Freiheit

European Commitee for Peace and Freedom

Comitee Europeén des Turcs pour Paix et Liberte

Komiteya Aşitiû Rizgari Tirkiye



JANUAR 1979

TÜRKEI HEUTE



Protest in Frankfurt und Dortmund: Die deutschen Behörden nahmen die faschistischen Aktivitäten gelassen hin

Gewerkschafter demonstrieren gegen den Auftritt des Faschisten Türkeş in der Bundesrepublik

Endlich verbieten

„Wir sind keine Faschisten. Wir sind genauso gegen den Faschismus wie gegen den Kommunismus. Wir sind die freiheitlichen Demokraten. Denn wir sind die ‚Grauen Wölfe'." Zumindest der letzte Satz war das einzige, was an der Rede von Alparslan Türkeş, seines Zeichens Führer der faschistischen „Partei der nationalistischen Bewegung" und Führer der „Killerkommandos Graue Wölfe", stimmte, als er am 30. Oktober in der Dortmunder Westfalenhalle zu 10 000 seiner Anhänger sprach.

Wäre es nach Türkeş, seinen Anhängern und den deutschen Behörden gegangen, so hätte Türkeş ungehindert reden können, ob in Dortmund, Berlin oder Frankfurt. Erst den energischen Protesten der „FIDEF", der „Föderation der türkischen Arbeitervereine in der BRD", und besonders des DGB und der IG Metall, war es überhaupt zu verdanken, daß auf das Treiben der türkischen Faschisten aufmerksam gemacht wurde.

Ferdinand Koob, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, forderte das Verbot der Veranstaltungen und äußerste seine Bedenken darüber, daß die Bundesregierung, die sonst politische Aktivitäten studentischer Gruppierungen genau überwache, in diesem Fall die faschistischen Aktivitäten offenbar gelassen hinnehme.

INFORMATIONEN
DOKUMENTATIONEN ANALYSEN

INHALT

Heftige Protestaktionen gegen den Türkeş Besuch

Der Vorsitzende der "Nationalistischen Bewegungspartei" (MHP) und der Führer der faschistischen Killerkommandos Alparslan Türkeş kam am 28.10.78 nach West-Berlin.Danach erschien er am 30.10.78 in der Dortmunder Westfalenhalle.Seine beiden hetzerischen und gleichzeitig herausfordenden Auftritte stiessen auf entschlossene Protestaktionen der türkischen und deutschen progressiven Kräfte.

West-Berlin:"Der schon von der Gestapo geschätzte Türkeş,Vorsitzender der faschistischen "Partei der nationalistischen Bewegung" (MHP),liess seinen Partei-Vize Gün Sazak sich eine besondere Freude daraus machen,in der "Neuen Welt" die CDU-Abgeordneten Eckard Lindemann,Ulrich Brinsa und den Steglitzer CDU-Chef Hans Joachim Lange zu begrüssen.Türkeş schloss die Veranstaltung,wie üblich,mit dem Führer-Gruss." (ÖTV-Dialog,Dezember 1978)

An der Demonstration,zu der Studentenverein der aufgerufen hatte, nahmen tausende von Arbeitern und Studenten teil.Diese Demonstration,die wegen der Geheimhaltung des Türkeş-Besuchs in zwei Tagen vorbereitet werden musste,hat die Entschlossenheit der fortschrittlichen Kräfte in West-Berlin,Türkeş 'raus zu jagen,tatkräftig bezeugt.Die Geheimhaltung der Türkeş-Reise deckt ausserdem die klassische Angst der Faschisten vor den breiten Massenaktionen auf.

Dortmund: Zu einer massenhaften Dortmunder-Demonstration gegen den Faschisten-Führer Türkeş rief die FIDEF auf (Föderation der türkischen Arbeitervereine in der BRD);der DGB Landesvorstand Nordrhein-Westfalen,IG Chemie und IG Metall Landesvorstände protestierten gegen das Auftreten Türkeş.

Nach den Angaben des Verantwortlichen der Dortmunder Westfalenhalle hatten die Faschisten die Halle angeblich für einen "Kultur-und-Folklorabend" zu 30.000 gemietet.Die Proteste aber der oben genannten Organisationen wurden von den zuständigen Behörden und Innenminister Hirsch übergangen.

"Herrmann Heinemann,SPD-bezirksvorsitzender und geschäftsführer der Westfalenhalle,der über "arglistige täuschung"durch seine sonntäglichen mieter klagt,wird angesichts massiver proteste aus partei und gewerkschaft wohl in zukunft weniger blauäugig reagieren,wenn ein unbekannter "kulturverein"die mammuthalle für ein bisschen folklore zu nutzen beabsichtigt." (zitiert aus"Druck und Papier" vom 20.11.78)

Der Hetzkampagne des alten Nazi-Agenten Türkeş wurde in Frankfurt ein Riegel vorgeschoben. Der DGB-Landesvorstand Hessen und die IG-Metall riefen zu einer grossen Demonstration auf, an der auch FIDEF-Vereine massenhaft teilnahmen.

"...In Dortmund demonstrierten 3000, in Frankfurt 4000 Türken und Deutsche gemeinsam gegen Alpaslan Türkeş. Sie forderten das Verbot der "MHP",der "Grauen Wölfe" und ihrer Tarnorganisationen in der Bundesrepublik;in Frankfurt musste daraufhin Türkeş seinen Auftritt absagen.Bedauernd zuckten die deutschen Behörden die Schultern und meinten, dass sie nichts über Alpaslan Türkeş und seine faschistische Partei MHP wüssten." (Entnommen der IG-Metall Zeitschrift Nr.23,15.11.78)



IN DORTMUND DEMONSTRIERTEN TAUSENDE GEGEN DEN TÜRKEŞ AUFTRITT.

"...An die bereits geschenenen Morde in Istanbul, Ankara und Anatolien erinnerten die Demonstranten mit umgebundenen Zielscheiben auf dem Leib. Sie haben Angst, dass der Türkeş-Auftritt - vor ein Paar Wochen hatte er sich in Ulm offen zum Faschismus bekannt, am Vortag in Berlin seine fanatischen Anhänger aufgestachelt - Auftakt sein soll zu einem noch brutaleren Vorgehen der "Grauen Wölfe" gegen Gewerkschafter und Sozialisten auch in der Bundesrepublik." (zitiert aus "Welt der Arbeit" vom 9.11.78)

Hintergründe

Warum kam Türkeş in die BRD und nach West-Berlin? Was steckt dahinter?

Mit dem Frankfurter Zusammentreffen der 64 faschistischen Vereine am 17.-18.Juni dieses Jahres hat eine Sammlungs- und Stärkungsbewegung begonnen. Der letzte Besuch von Türkeş hängt unmittelbar mit der Stärkung und Organisierung der "Grauen Wölfe" in Europa zusammen.

Die Organisierung und verschärfte Aktivierung der Faschisten wird die Übertragung der blutigen Terrorwelle in der Türkei nach Europa, insbesondere in die BRD und West-Berlin erleichtern. Denn für Türkeş liegt es nahe,gegen die türkischen Arbeitern in der BRD, die eine antifaschistische Weltanschauung besitzen, kriegeirsche **Auseinandersetzungen und Terroraktionen zu entfachen.**
Es ist also nichts anderes als die bewusste Vorbereitung oder ein ernster Schritt zum Terror gegen Demokraten aus der Türkei.

"Hintergrund ist,dass nach den ersten,viel zu lauen Versuchen des "sozialdemokratischen" CHP-Regierenden Ecevit,gegen die faschisten vorzugehen,viele verfolgte,oder sich so fühlende "Wölfe",die Türkei verlassen und die Ausbildung der Kommandos verstärkt ins Ausland verlagert wird.
Zum Hintergrund gehört auch,dass die MHP in der Türkei immer mehr isoliert ist. So sagte der Vize,der vor kurzem der MHP noch sehr nahestehenden,fanatisch-religiösen rechten "Nationalen Heilspartei" (MSP),Şevket Kazan,vor ein paar Tagen:"Die Institutionen,die hinter rechten Organisationen stehen,werden von der CIA unterstützt." "(Extra Dienst,3.11.78).

Ein weiterer Grund dieses skandalösen Besuches sind die Bemühungen Türkeş um die Aufrechterhaltung der "guten" Beziehungen zu den CDU-CSU-Spitzenpolitikern. Die grausame Politik der "Grauen Wölfe" braucht Unterstützung in der BRD und West-Berlin.
"Beim Türkeş-Jubel am Samstag in der "Neuen Welt" in Westberlin waren ausser den rund 1000 türkischen Fanatikern anwesend:
- Eckard Lindemann, CDU-Abgeordneter aus Charlottenburg
- Ulrich Brinsa, CDU-Abgeordneter aus Reinickendorf, immer mal wieder um die innere Sicherheit anderer Leute bemüht,
- Hans-Joachim Lange, Fraktionvorsitzender der CDU in der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz.

Lindemann und Lange sind im Anwaltsbüro des CDU-MdA Karl-Heinz Schmitz-südkoreanischer Ehrendoktor,"Es müssen mehr Polizisten auf die Berliner Strassen" beschäftigt." (Extra Dienst,Nr.88)

Eine Herausforderung

Dieser Besuch, der die Faschisten in der BRD und in West-Berlin ermunterte ist eine gewagte Herausforderung an türkische und deutsche Demokraten. Die Dortmunder Kraftprobe mit 8000 Menschen (die aus verschiedenen Orten der BRD nach Dortmund kamen) muss eine Warnung für die verantwortlichen Politiker in der BRD sein.

-Alle faschistischen Organisationen der "Grauen Wölfe", auch Tarnorganisationen wie Ideen-Vereine und Koran-Schulen, müssen verboten werden.

-Alle militanten Mitglieder dieser Organisationen müssen ausgewiesen werden.

-Asylsuchende Faschisten müssen abgewiesen werden.

"...Diese Liste (gemeint Morde der Faschisten) lässt sich fortsetzen und es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis auch Alpaslan Türkeş endlich vor Gericht steht. Deshalb glaubt er, in der Bundesrepublik Unterstützung zu finden, insbesondere bei seinen Freunden von der CDU/CSU. Sein Ziel, so wird in Ankara erklärt, ist es, dass seine faschistischen Killer und Parteifreunde als "politisch Verfolgte" Asyl erhalten. Aber nicht nur wegen dieser Versuche gilt es, den Widerstand gegen die türkischen Faschisten von Alpaslan Türkeş zu organisieren. Alpaslan Türkeş oder seine Gesinnungsgenossen dürfen keine Chance mehr erhalten, in der Bundesrepublik aufzutreten.

An der Zeit ist es auch, die Tarnorganisationen der MHP, die "Kulturvereine" und "Idealistenvereinigungen" in der BRD zu verbieten. Denn, so Ferdinand Koob (Geschäftführendes Vorstandsmitglied der IG-Metall) "dieselben Leute, die in der Türkei für blutige Überfälle verantwortlich sind, wollen jetzt ihre faschistischen Aktivitäten in der Bundesrepublik fortsetzen." (zitiert aus "IG-Metall Zeitschrift" vom 15.11.78)



"FASCHIST TÜRKEŞ 'RAUS", "GRAUE WÖLFE MÜSSEN VERBOTEN WERDEN" SO SCHRIEN HUNDERTE VON DEMONSTRANTEN IN WEST-BERLIN GEGEN DEN FASCHISTEN-FÜHRER TÜRKEŞ.

AM 16.11.78 Veröffentlichte "Cumhuriyet" den ASYLANTRAG EINES KOMMANDOS

Sığınma hakkı isteyenler "Türkeşçi Komandolarız" dediler

Federal Almanya'dan sığınma hakkı isteyen komandolar, «kendilerinden sağ siyasal eylemlerine son vermeleri ve sol eylemciler arasında yer almaları» istendiği için Türkiye'yi terk ettiklerini ileri sürüyor.

Komando Mazhar ... Noter'in düzenlediği belge

NOTAR
Bernhard Seiler
E KRAUTHAUSEN
Rechtsanwälte
Gerichtsstr. 20
An den
Kreis Warendorf
-Ausländeramt-

4720 Beckum

ABSCHRIFT

17.7.1978

**Asylverfahren
Mahzar Ayvaz**

Betr.: Mahzar Ayvaz,Harkost.13 bei Akif Akyar
4730 Ahlen, geb. 10.10.1951 in Usak/Türkei

Begründung:

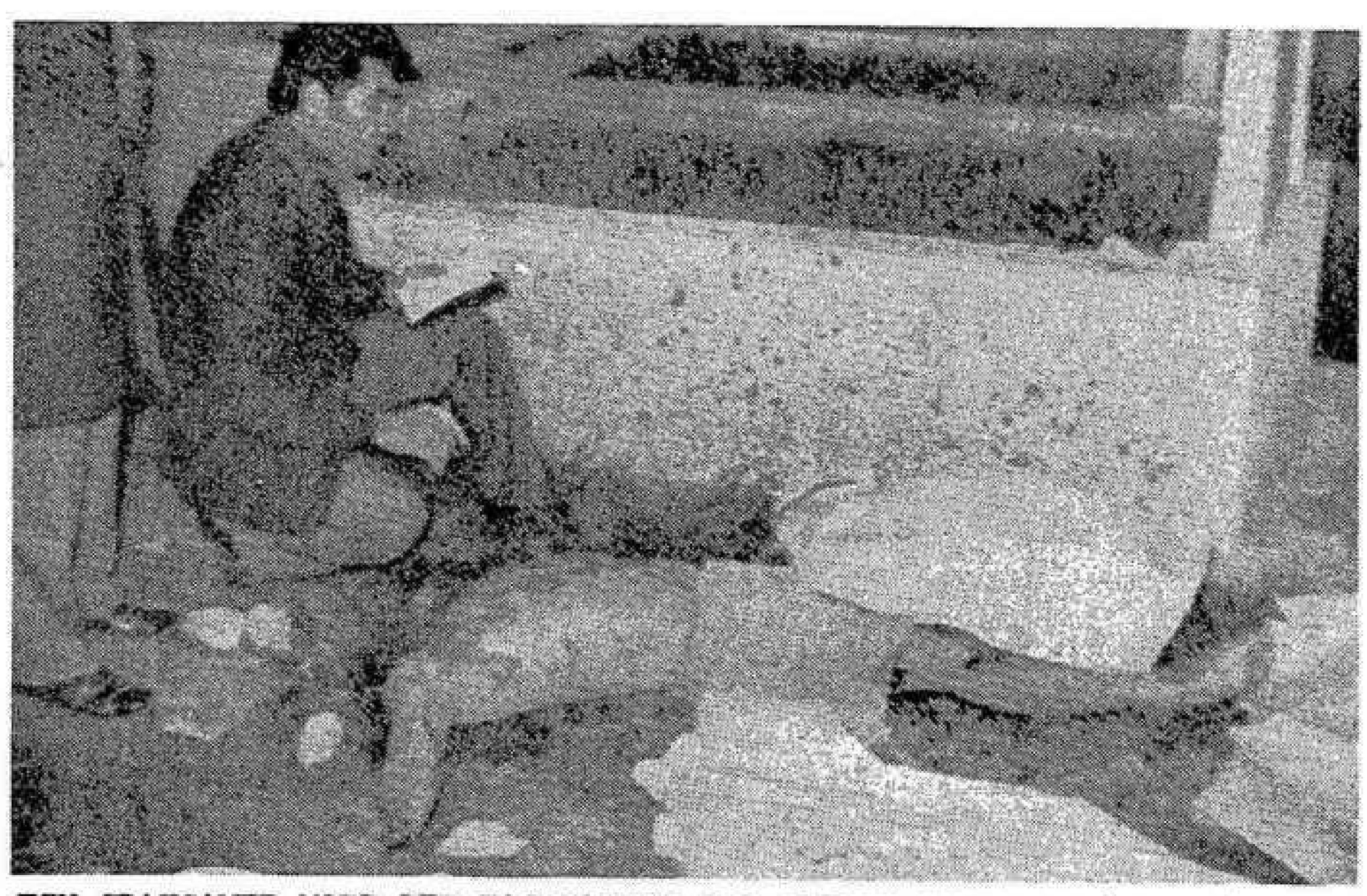
Unser Mandat gibt an,er sei aktives Mitglied des rechtsstehenden "Türkes Kommando".Er würde mit seiner politischenAuffassung in der Türkei nicht hinter dem Berge halten.Deswegen sie es schon des öfteren zu blutigen Schlägereien mit Anhängern der Ecevit-Partei gekommen.Zuletzt habe man ihm unter Androhung von Gefahr für Leib und Leben dazu aufgefordret,seine politische Tätigkeit auf der Rechten zu beenden und bei ....

Dieser Antrag auf Asyl wurde vom Notar Berhard Seiler ausgestellt. In dieser Weise versuchen sehr viele "Graue Wölfe" in der BRD Unterkunft zu finden.Diese Kommandos werden in der Türkei steckbrieflich gesucht,wegen ihrer Teilnahme an unzähligen Mord -und Terroraktionen.
Diese Realität muss für die zuständigen Behörden und für die Öffentlichkeit eine Warnung sein.Denn diese Verbrecher sind nicht nur für die Demokraten aus der Türkei gefährlich.

Die faschistische Eskalation in der Türkei hält an

In der Türkei nimmt die faschistische Eskalation zu. Tagtäglich fallen 5-7 und sogar mehr Leute dem faschistischen Terror zum Opfer. Die Graue Wölfe, MHP Faschisten, erschiessen die Leute auf offener Strasse, legen Sprengstoff an Gebäuden von CHP, Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Schulen, Universitäten, Postämtern. Einige Schlagzeilen der türkischen Zeitungen verdeutlichen diesen Zustand:

- 5 Verletzte, 3 Tote in Istanbul (Cumhuriyet, 30.11.78)
- In Adana wurden ein Arbeiter, in Istanbul 2 Ingenieure und in Diyarbakır ein Lehrer getötet. (Cumhuriyet, 24.11.78)
- In vier Städten wurden 4 Menschen getötet. (Cumhuriyet, 28.11.78)
- In Urfa wurden 4, in Ankara 2 Menschen getötet, in Izmir ein Polizist schwer verletzt. (Hürriyet,30.11.78)
- In Diyarbakır und Kilis wurden 2 Studenten, in Samsun ein Arbeiter, in Adana ein Polizist getötet. (Cumhuriyet, 2.12.78)
- In Elazığ wurden 5 Menschen getötet. (Cumhuriyet, 6.12.78)



EIN GRAUSAMER MORD DER FASCHISTEN.DIE LEICHE WURDE AM 4.11.78 IN ISTANBUL AUFGEFUNDEN.

Beispiele für Terror-und Mordaktionen der Grauen Wölfe

- In Ankara wurden 7 Mitglieder der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) in der Nacht vom 9.10.78 im Schlaf überfallen. Sie wurden zuerst grausam gefoltert, dann in verschiedener Weise erschossen (wie Schiessen in den Mund) oder erwürgt.

- Zahlreiche IGD-Mitglieder (Fortschrittlicher Jugendverband) wurden im November heimtückisch ermordet. Darunter die Vorsitzenden der Grundorganisationen der IGD in Adana und Trabzon Hüseyin Güzel und Yaşar Yağci, in Düzce Önder Alkan.

- Die Büros von zahlreichen demokratischen Organisationen, darunter der CHP, IGD, Gewerkschaften wurden in Brand gesteckt oder gesprengt. Das Büro von CHP in Manisa, IGD-Büros in Istanbul/Aksaray, Siirt, TÖB-DER Konya und zahlreiche anderer Organisationen und Privatbüros von Rechtsanwälten etc. wurden angegriffen.

- Besonders in der letzten Zeit nahmen die Terroranschläge der MHP-Kommandos gegen die demokratischen Persönlichkeiten, insbesondere gegen Professoren und Journalisten zu:

  Prof. Karafakioglu (Dekan des Institutes für Elektrotechnik an der TU-Istanbul) wurde auf offener Strasse von zwei Kommandos erschossen.

  Prof. Necdet Bulut (Direktor des Komputerzentrums an der Universität am Schwarzen Meer in Trabzon) von Kommandos am 26.11.78 erschossen.

  So stieg die Zahl der von Faschisten ermordeten Lehrkräfte auf drei.

- Bedri Koraman (Karikaturist der liberalen Tageszeitung "Milliyet") am 18.11.78 und Melih Aşık von der Tageszeitung "Günaydın" wurden von faschistischen Killertruppen überfallen. Sie wurden schwer verletzt.

- In vielen Orten der Türkei besonders im Osten herrschen bürgerkriegsähnliche Zustände, die von faschistischen Mörderorganisationen entfachtet wurden:

  In Urfa kam es an einem Tag zu 5 Toten.

  In Elazığ kamen am 16.12.78 bei den bewaffneten politischen Zusammenstössen 5 Menschen ums Leben, 9 wurden verletzt.

- Die Leiche eine der Redakteuren der progressiven Tageszeitung "Politika" Ali Ihsan Özgürs wurde am 1.12.78 in einem Wagen gefunden. Er war eine Woche zuvor entführt und gefoltert worden.

Die Schreckliche Aussage

"ICH WÜRDE ALLE TÖTEN, DIE GEGEN MEINE WELTANSCHAUUNG SIND!"

So lautete die unglaubliche Aussage eines "Grauen Wolfes" am 29. November 78 vor der Presse.
Der 20 jährige M.Baki Gürcan,Deckname Mustafa Yılmaz,ist zweifacher Mörder,der 11 Menschen schwer verletzte und sich an 4 Bombenanschlägen beteiligte.Nach seiner Wiederfestnahme gestand er am 29. 11.78 vor der Presse seine verbrecherische Tätigkeit.Er beantwortete die Fragen der Journalisten wie folgt:

"FRAGE :Warum hast du dich an diesen Taten beteiligt?
ANTWORT:Um das Türkentum aufrecht zu halten.
FRAGE :In welcher Schule warst du?
ANTWORT:Ich bin nach der zweiten Klasse vom Gymnasium abgegangen.
FRAGE :Warum führst du deinen Kampf nicht auf der Ebene des Meinungsstreits?
ANTWORT:Die Zeit des Meinungsstreits ist vorbei,jetzt kommt es darauf an,mit Waffen zu kämpfen.
FRAGE :Warum mordest du?
ANTWORT:Alle,die nicht meiner Meinung sind,müssen getötet werden.Es wird gegenseitig getötet.
FRAGE :Auch wenn 30 Millionen Menschen deine Meinung nicht teilen?
ANTWORT:Sie müssen alle getötet werden.
FRAGE :Dabei kommen auch Kinder und Bürger auf der Strasse ums Leben.
ANTWORT:Beide Seiten töten einige Menschen versehentlich.
FRAGE :Bereust du nichts?
ANTWORT:Nein,ich bereue nichts;gelänge mir die Flucht,dann würde ich weiter töten.
FRAGE :Hast du nicht an die Folgen gedacht?
ANTWORT:Ich habe daran gedacht.Unbedacht tötet man nicht.
FRAGE :Wo liegen nun die Grenzen?
ANTWORT:Das geht nicht ohne Waffen,wer Recht hat,soll siegen."

(Der Tageszeitung Günaydın vom 30.11.1978 entnommen.)

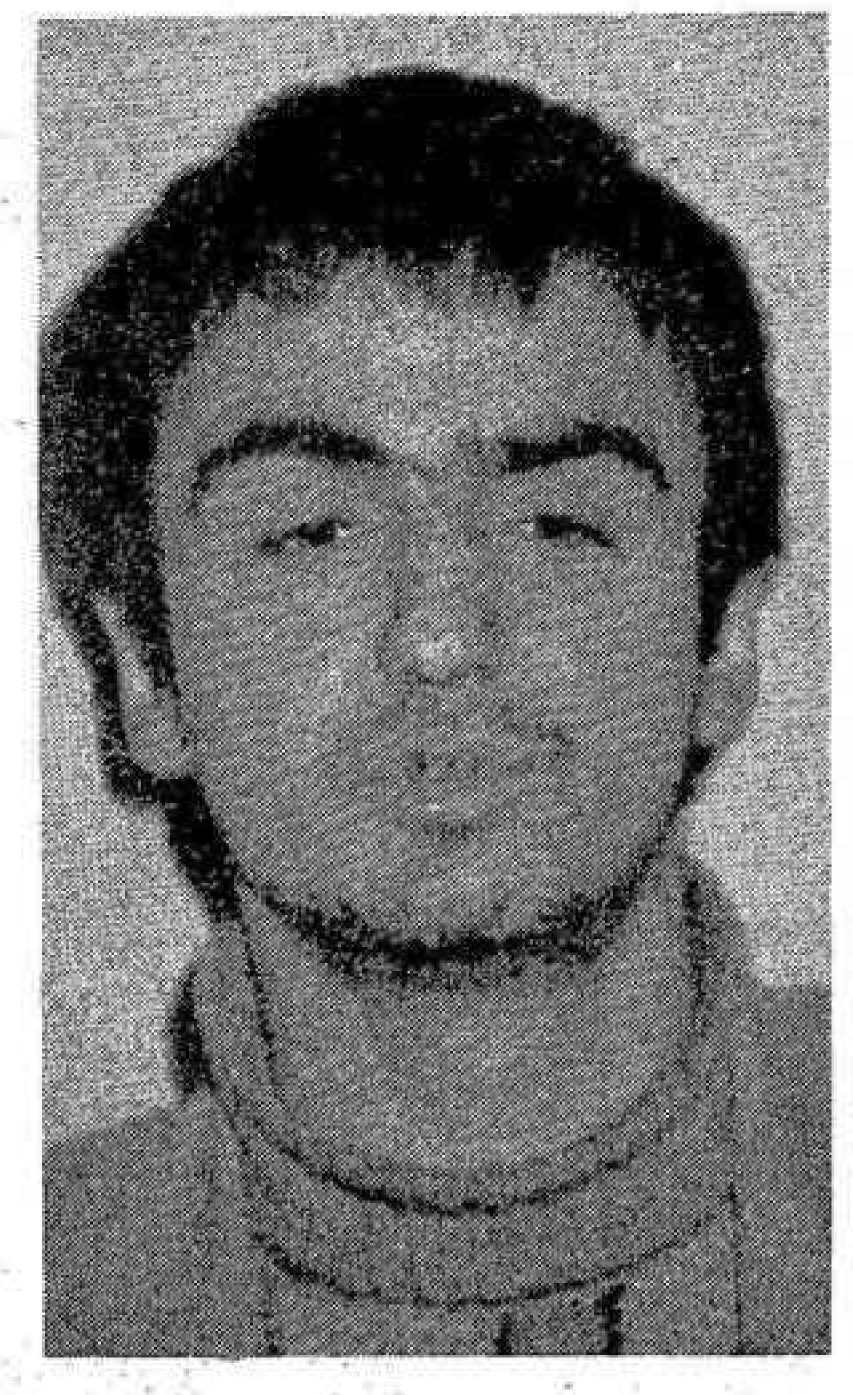
Mustafa Baki Gürcan war zuvor zu 10 Monaten Gefängnisstrafe verurteilt, jedoch am 4.11.78 floh er mit seinen 13 Kampfgefährten aus dem Bayrampaşa-Gefängnis in Istanbul.
In seiner Aussage schilderte er die Flucht aus dem Gefängnis und dabei ungewollt seine Beziehungen zur faschistischen MHP. Er sagte:
"Zur Flucht haben die Mitglieder der Bezirksorganisation der MHP in Eyüp Hüseyin Çelik und Cihat Sever verholfen."Er führte weiter aus,dass er die Waffen von der MHP bekommen habe,mehrmals den Ideen-Verein(unoffizielle Jugendorganisation von MHP) besucht,von dessen Vorsitzendem 8000TL bekommen und auf der Flucht Saadet Kazan erschossen habe.

Dies unmissverständliche Geständnis eines Grauen Wolfes stellt klar,wo die Quelle des Terrors liegt,von welchen Kräften er unterstützt wird und

ANZAHL DER POLITISCHEN MORDE

Januar	46
Februar	31
März	48
April	47
Mai	64
Juni	52
Juli	56
August	62
September	99
Oktober	89
November	86
+	680

(Angaben der Tageszeitung "Milliyet" vom 2.12.78)



Graue-Wolf M.Baki Gürcan: "Ich würde alle töten, die gegen meine Weltanschauung sind."

	1-30 November 1978	6 Januar - 30 November 1978
Ermordet	101	922
Verletzt	284	5261
Überfälle	267	3318
Raub	37	389

(Angaben der Tageszeitung "Tercüman" vom 2.12.78)

welches Ausmass dieser faschistische Terror erreicht hat und erreichen kann.Die obige Aussage macht die passive Haltung der Regierung um so unverständlicher.

-Ferhat Tüysüz,einer der Grauen Wölfe sagte in seinem Geständnis: "WIR LANGWEILTEN UNS.DANN HABEN WIR BESCHLOSSEN,EINEN KOMMUNISTEN ZU TÖTEN."(Milliyet 5.11.1978)

-In der letzten Zeit töten sich die Grauen Wölfe auch schon gegenseitig. So tötete z.B. Ismail Yazman seinen Kampfgefährten Bedri Şenoglu.

Veli Can ermordete seinen Freund Erol Doğan mit der Behauptung er sei ein Kommunist.

-In der MHP Bezirksorganisation Kocamustafapaşa in Istanbul führte die Auseindersetzung zwischen Grauen Wölfen zum Tod.Aziz Koyonsever erschoss seinen Freund Rüştü Ergan (Milliyet 4.11.78).

So wird der Befehl des Faschisten-Führers Türkeş in die Tat umgesetzt:"Sollte ich umkehren,schlagt mich tot! Schlagt alle tot,die unsere Sache mitgemacht haben und umkehren wollen."

Paralell zu diesem faschistischen Terror forderte der Führer-Türkeş am 7.10.1978 auf einer Pressekonferenz die Machtergreifung der Armee,was ein offener Verstoss gegen die Verfassung ist.Auf dieser Weise brachte er sein eigentliches Ziel zum Ausdruck.

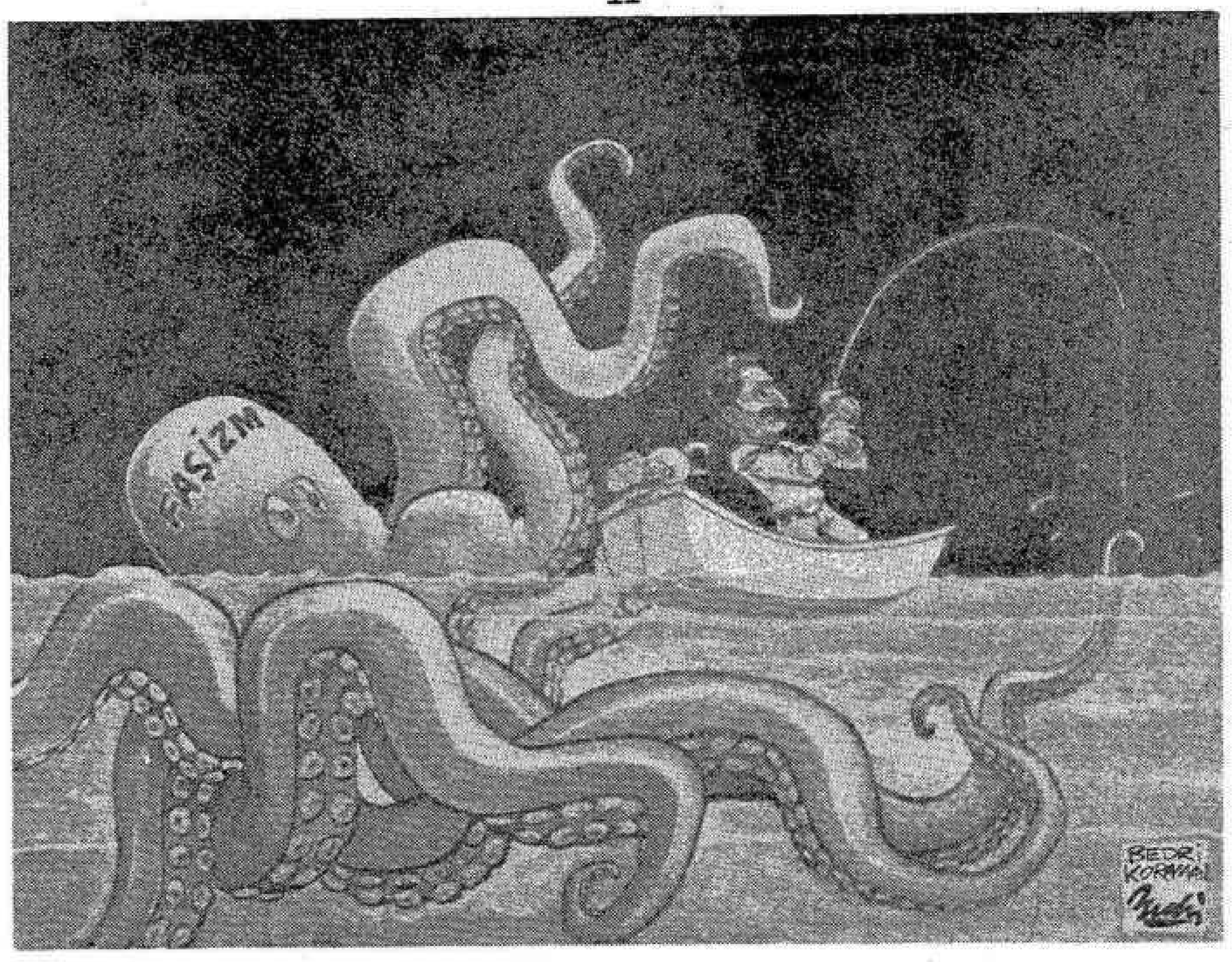
Die rechtssozialdemokratische Politik der Regierung

Die Passivität der Regierung ermutigt die Faschisten zu grösseren Terroraktionen.Während Demirel und Türkeş auf der einen Seite die Ecevit-Regierung beschuldigen,sie sei die Ursache der blutigen Ereignisse,verstärken sie auf der anderen Seite die faschistische Eskalation,indem sie die Grauen Wölfe zu skrupellosen und grausamen Aggressionen auffordern,um die Regierung zu schwächen und schliesslich stürzen zu können.

Das Ziel ist,die Ecevit-Regierung so weit wie möglich nach rechts zu ziehen und sie gegen die linken Kräfte vorgehen zu lassen.Diese Rechnung von Demirel und Türkeş ist bis zu einem gewissen Grad aufgegangen.Denn die CHP,die den ausschlaggebenden Teil der Regierung bildet unterscheidet sich grundlegend von der CHP vor den Wahlen 1977 in ihrer Haltung.

Zwei Tage nach den Wahlen (am 7.6.77) beantwortete Ecevit auf einer Pressekonferenz die Fragen der in -und ausländischen Journalisten.Er sagte:"Für uns ist die Meinungsäusserung kein Verbrechen." Er fügte noch hinzu,dass er die berüchtigten Paragraphen 141-142 des StGB aufheben werde (Siehe Milliyet vom 7.Juni1977).

Zu verschiedenen Zeiten vor und nach seinem Machtantritt versprach er,dass er für die Ausweitung der demokratischen Rechte,für die Meinungs- und Pressefreiheit,für das Recht der gewerkschaftlichen



(Milliyet vom 4.11.1978)

Organisierung der Beamten,Lehrer usw. eintreten und die Faschisten bestrafen werde.
Statt dessen kommt die Regierung den Wünschen von Demirel und Türkeş entgegen,indem sie durch Innenminister Özaydınlı erklären liess: "Wir betrachten sowohl den Kommunismus als auch den Faschismus als Gefahr für unser Land."Obwohl der Faschismus eine nationale Gefahr für unser Land bildet,die KP der Türkei seit 56 Jahren verboten ist,ist die Ecevit-Regierung zu antikommunistischen Positionen übergegangen und sucht Möglichkeiten für eine Verständigung mit Demirel und Türkeş.

Antidemokratische Praktiken der Ecevit-Regierung

Der Prozess gegen den ÜRÜN-Verlag (wegen legaler Veröffentlichung des Pragramms der KPdT) stellt eine grobe Verletzung des Rechtes auf Meinungsfreiheit dar.Nicht die ÜRÜN-Verleger sondern die Paragraphen 141-142 des StGB müssten angeklagt werden.Die Zusicherungen Ecevits über die Aufhebung dieser Paragraphen entlarvt sich somit als blosse Wahlversprechung.

In der November-Ausgabe (nr.53,1978) der Zeitschrift ÜRÜN erschien ein Bericht über den Gerichtsprozess,der am 17.10.78 stattfand und über die in- und ausländische Solidarität.Wie wollen diesen Artikel hier in unsere Info aufnehmen.

Der Prozess gegen das Programm der KPdT

Die erste Verhandlung wurde zu einem grossen Schlag gegen die Artikel 141 und 142.

"Die Gerichtsverhandlung gegen den Chefredakteur unserer Zeitschrift Ahmet Taştan aufgrund der Veröffentlichung des Programms der KPdT wurde am 17.Oktober bei der 2.Grossen Strafkammer begonnen.Diese erste Verhandlung wurde zu einer Platform der Kämpfer für Demokratie gegen den Faschismus und die Reaktion.Die Verhandlung zeigte wieder Mal,dass das Verbot über die KPdT aufgehoben werden wird.

Bei dieser Klage hat die nationale und internationale Solidarität der Arbeiterklasse eine erfolgreiche Prüfung abgelegt.Vom Ausland wurden unzählige Botschaften von kommunistischen,sozialistischen und demokratischen Personen und Institutinen an den Staatspräsidenten,den Ministerpräsidenten, den Minister für Justiz und an die Präsidenten des Parlaments und des Senats übersandt.In ihnen wurde die Aufhebung des Verbots über die KPdT gefordert und die Klage gegen Ürün protestiert und die Solidarität mit Ürün zum Ausdruck gebracht.Tausende von Arbeitern,Beamten,Bauern,Studenten und Akademiker aus allen Teilen der Türkei forderten:"Die KPdT-Programm-Klage muss gestoppt werden","Artikel 141 und 142 müssen aufgehoben werden". Aufgrund dieser Entwicklung und Stärkung der nationalen und internationalen Solidarität kamen die mit dem Ausland kooperierende Bourgoisie,die auf Ausnahmezustand drängende,faschistische MHP,die auf eine CHP-AP-Koalition drängenden Monopolkräfte und die maoistischen Provokateure in Angst und Bedrängnis.Vor dem Massenkampf,der sich um das Motto "Freiheit für die KPdT" geschart hat,bleiben sie hilflos.
Die Protest-und Solidaritätsaktionen,die aufgrund der Verhandlung vom 17.Oktober entstanden,führte zu einer verstärkten Diskussion in der Öffentlichkeit für die Aufhebung des Verbots über die KPdT.
Es mehrten sich die Stimmungen,die die Gewährung legaler Arbeitsmöglichkeiten für die KPdT befürworten.Kolumnisten bürgerlicher Zeitungen mit grosser Auflage schlossen sich dieser demokratischen Forderung an.
Sogar Nazlı Ilcak von der Zeitung "Tercüman"war nach einer Menge antikommunistischen Geschwätz genötigt zu sagen:"Wenn man die KPdT der Legalität überlässt,dann sollte vorher eine Barriere in das Wahlsystem eingebaut werden".

Dass im Zusammenhang mit der Verhandlung am 17.Oktober aus den west-

europäischen Ländern eine Delegation von Journalisten,Juristen und Gewerkschaftern in unser Land und sich mit Ürün solidarisierte,war von weitreichendem Einfluss.
Die Mitglieder der Delegation waren Dennis Mc Shane(Vorsitzender der Journalistengewerkschaft von Grossbrittanien),George Bolton(zweiter Vorsitzender der schottischen Bergarbeitergewerkschaft),John Bowden (Vorstandsmitglied der Vereinigung Fortschrittlicher Anwälte von Grossbrittanien),Charles Korman(Sekräter der Pariser Sektion der Vereinigung Demokratischer Juristen Frankreichs),François Bailly (Vertreter der belgischen Vereinigung Demokratischer Juristen und der Vereinigung Internationaler Juristen),Emil Carlebach(Vorstandsmitglied der Vereinigung deutscher Juristen) und Heinrich Bock (Vertreter der Vereinigung Demokratischer Juristen Deutschlands und der Internationalen Vereinigung demokratischer Juristen).Während ihres Aufenthalts in unserem Land zeigten die Mitglieder der Delegation bei ihren Unterredungen auf,dass die Türkei im Gegensatz zu den Bedingungen unserer Zeit und Europas steht.

141-142 sind gegen die Verfassung

Vor und nach der Verhandlung wurden in vier Städten Veranstaltungen in geschlossenen Saalen durchgeführt.Es wurden die Aufhebung der Artikel 141-142 und die Freiheit der KPdT zum Ausdruck gebracht.An der Veranstaltung vom 14.Oktober in Izmit nahmen französische Jurist Korman und unser Freund Ural Ateşer teil.Während der mit Begeisterung abgelaufenen Versammlung,hielten die Journalisten der Zeitung "Politika" Oya Baydar und Aydın Engin jeweils eine Rede.Noch vor dem Beginn der Versammlung in Izmit wurde auch eine Freiheitskundgebung mit fünf tausend Teilnehmern durchgeführt.An den Versammlungen vom 15.Oktober in Sakarya und Zonguldak nahmen sehr viele Arbeiter teil.In der Versammlung sprachen auch Oya Baydar und Aydın Ergin.Der Bürgermeister von Karabük Sabahattin Oral,der eine Botschaft an die Versammlung in Zonguldak geschickt hatte,sagte: "Euren Versuchen zur Schärfung und Bewusstmachung des fortschrittlichen,nationalen Sprungs nach vorne,wünsche ich euch Erfolg.Ich beglückwünsche euch zu eurem Vorwärts für die Freiheit".Ausserdem sagten der CHP-Senator aus Zonguldak M.Ali Pestilci und der CHP-Abgeordnete Kemal Anadol in ihren an die Versammlung übersandten Botschaft aus:
"Die Angriffe,die in den letzten Tagen gegen die demokratischen Rechte und Freiheiten gerichtet sind,werden mit der Aktionseinheit der fortschrittlichen,revolutionären und demokratischen Kräfte unseres Landes eingeschüchtert werden.Die fortschrittlichen,patriotischen Kräfte,unser ganzes,arbeitendes Volk werden unser Land den dunklen Spielen des Imperialismus,den blutigen Händen des Faschismus nicht ausliefern lassen.Mit diesen Gefühlen wünschen wir,dass die Woche der Freiheit glückliche Tage bringt und beglückwünschen euch für euren Kampf für die Freiheit vom Herzen.
Mit unserer Hochachtung."

Am 21.Oktober,diesmal in Izmir wurde eine Massenkundgebung durchgeführt.Ausserdem wurde in Izmir eine Unterschriftenkampagne eröffnet,um die antidemokratischen Repression gegen die Zeitschrift und Publikationen von Ürün zu protestieren und die Klage gegen unseren Chefredakteur Ahmet Taştan wegen der Veröffentlichung des Programms der KPdT zu stoppen.Dies wurde mit massenhaften Briefsendungen vor der Post in Konak am 14.Oktober 78 und zugleich mit einer Pressekonferenz zum Ausdruck gebracht.Am Ende der Kampagne wurden 2000 Unterschriften der Parlamentsantragskommission übersandt.Ausserdem wurde der Text der Unterschriftenkampagne mit den Unterschriften der Leiter bzw. Vorsitzenden von 27 demokratischen Vereinigungen dem Ministerpräsidenten,den Ministern für Inneres,für Bildung und für Justiz übersandt.Folgende demokratische Vereinigungen gaben ihre Unterschriften:

Sektion Izmir der Gewerkschaft Lastik-Iş,Vertretung des 5.Bereichs von BANK-SEN,Vertretung des Bereichs Izmir der Gewerkschaft T.Yeni Haber-Iş,Vertretung des Bereichs 13 der Gewerkschaft der Devrimci Toprak-Iş,Vertretung des Bereichs 3 der Gewerkschaft T.Maden-Iş, Vertretung der Hauptzentrale Izmir der Gewerkschaft T.Maden-Iş, Bereichsvertretung der Tümka-Iş, Bereichsvertretung der Aster-Iş, Gewerkschaft Beton-Iş, Sektion Izmir der Bauingenieurkammer, Sektion Izmir von TÖB-DER, Sektion Izmir der Architekten- und Ingenieurkammer, Sektion Izmir der Vereinigung Fortschrittlichen Juristen, Sektion Izmir der Fortschrittlichen Gymnasiasten, Sektion Izmir von Bank-Der, Sektion Izmir von Tüs-Der, Sektion Izmir (Konak) von IGD, Sektion Bornova von Tüs-Der, Sektion Bornova von IGD, Sektion Izmir von Genel-Der, Sektion Izmir von Enerji-Der, Sektion Izmir von Haber-Der, Verein der Studenten und Jugend aus Zypern in Izmir, Sektion Karabağlar von IGD und Volkshaus Izmir.

Die öffentliche Diskussion und der darauffolgende Abend der Freiheit in Istanbul nach der Verhandlung waren sehr erfolgreich. Unsere Gäste, die sich wegen der Verhandlung in unserem Land aufhielten, betonten in ihren Redebeiträgen, dass sie den "Kampf für die Freiheit KPdT" unterstützten. Während des Abends hielt der Vertreter des Friedens und Freiheitskomitees Baysal Önal eine Rede und übermittelte die Solidarität der türkischen Arbeiter und Akademiker aus Deutschland. An der öffentlichen Diskussion unter der Leitung von unserem Freund Ural Ataşer beteiligten sich der Anwalt Turhan Arınır, der Vorsitzende der TÖB-DER Talip Öztürk, der Generalsekräter der Gewerkschaft Bank-Sen Yücel Çubukçu und der Generalsekräter der Friedensgesellschaft. Alle Redner waren einig in der Tatsache, dass eine Demokratie ohne KPdT nicht möglich sei und befassten sich mit der Programmklage sowohl aus dem Blickwinkel des Justiz und Menschenrechte als auch aus dem Blickwinkel Internationaler Abkommen und unseres Grundgesetzes. In der Versammlung wurde noch einmal betont, dass es keine Handhabe gäbe, die KPdT zu verbieten. Dann traten ein Chor und Folkloregruppen auf und mit Dias wurde die Geschichte der KPdT vorgetragen.



AUSSER ERZREAKTIONÄREN UND FASCHISTEN IST DIE BREITESTE ÖFFENTLICHKEIT IN DER TÜRKEI FÜR DIE AUFHEBUNG DER 141-142

Folgende Vereinigungen betonten in ihren an die Veranstaltung übermittelten Botschaften ihre Solidarität. Die Schriftsteller-gewerkschaft protestierte in einer Erklärung die Klage, die gegen Ahmet Taştan eröffnet worden war und verlangte die Aufhebung der Artikel 141-142. Der Vorstand der Metaller-Gewerkschaft, der von 17 bis 20 Oktober tagte, ging in einer nach der Tagung veröffentlichten Erklärung auf gleiche Themen ein.

Die Verteidigung von A. Taştan

Aufgrund solch intensiver Solidarität fand die erste Verhandlung ein grosses Echo in der Öffentlichkeit. Bei seiner Vernehmung, der die Presse viel Platz einräumte, sprach unser Freund Ahmet Taştan:

"Verehrte Richter,

Ich habe bereits die Anklageschrift gegen mich gelesen. Wie in der Anklageschrift betont wird, habe ich das Buch mit dem Titel "Programm der KPdT" unter dem Pseudonym Önder Sağlam für den Druck vorbereitet und im Verlag ÜRÜN veröffentlicht. Davor hatte ich auch in der Nummer 40 der Zeitschrift ÜRÜN, deren Schriftleiter ich war, in einer Reihe "Programme der Arbeiterparteien" unter dem Pseudonym Temel Saatçioğlu einen Artikel mit dem Titel "Programm der KPdT" veröffentlicht. Die Zeitschrift wurde beschlagnahmt und ich wurde wegen dieses Artikels verklagt. Indem ich diese Veröffentlichung herausgebe, glaube ich, dass ich einer demokratischen Aufgabe nachkomme. Ich bin der Meinung, dass diese Aktionen zu der Entwicklung und Verfestigung der Demokratie in der Türkei einen Beitrag leisten.

Denn, erstens ist die KPdT eine gesellschaftliche Realität. Diese Partei lässt in jedem Bereich des gesellschaftlichen Lebens von sich hören. Sie ist von den Zeitungsblättern bis zur alltäglichen Unterhaltung unter Freunden und Bekannten ein Teil des Lebens geworden. Es war vom Blickwinkel eines Herausgebers zur Aufgabe geworden, das Programm einer solchen Partei an eine breite Leserschaft zu übermitteln. Das Programm einer Partei zu lesen und zu untersuchen, ist zur objektiven und gesellschaftlichen Realität geworden, das Programm einer Partei, für die auf dem Platz des 1.Mai Hunderttausende Freiheit gefordert haben. Das Interesse der Leser zu beantworten, ist die vorderste Aufgabe eines jeden Herausgebers.

Zweitens, über die KPdT und ihr Programm wurden in der Türkei seit Jahren ständig Veröffentlichungen gemacht. Über diese Partei sind unzählige Bücher und Artikel veröffentlicht worden. Es war nur so, dass diese Veröffentlichungen das Ziel hatten, dass die Leser durch Lügen und verfälschte Tatsachen nicht die Wahrheit über die KPdT erfahren. Es waren Veröffentlichungen von Personen wie Aclan Sayılgan, Ilhan Derendelioğlu, Fethi Tevetoğlu, Nazlı Ilıcak, Zekeriya Sertel, deren Charakter bekannt sind. Es ist eine bekannte Tatsache, dass infolge dieser unzähligen Veröffentlichungen, die die den Lesern die Entstehung einer negativen Meinung über die KPdT versucht haben, keine Klage aufgrund des Artikels 142 erhoben worden ist.

Ein demokratischer Herausgeber muss die Realitäten so wie sie sind an die Leser übermitteln. Aus diesem Grund war es zu demokratischen Aufgabe geworden, das Programm einer Partei zu veröffentlichen, gegen die in Vergangenheit und heute so viele Sachen veröffentlicht worden sind.

Mein Ziel war es, für den Leser die Möglichkeit zu schaffen, eine Partei so wie sie ist kennenzulernen, eine Partei, die in die Tagtägliche Diskussion eingreift. Der beste Weg dafür war die Vermittlung des Programms, was als ein von der KPdT selbst vorbereitetes Dokument anzusehen ist und was den Einblick ermöglicht, für welche Ziele sie kämpft und was sie ist. Worum es hier geht, ist nicht etwas zu loben oder zu verfluchen, sondern ein objektives und wissenschaftliches Herausgeberverständnis, eine demokratische Aktion. Obendrein, dass eine Partei verboten ist, heisst nicht, dass die Öffentlichkeit nicht die Freiheit hat, ein objektives Wissen über diese Partei anzueignen.

Drittens, ich bin der Meinung, dass die Paragraphen 141 und 142 nicht demokratisch sind und gegen unser Grundgesetz verstossen, Paragraphen also, die verhindern, dass die KPdT legal arbeitet, ihren Kampf und ihre Ziele den Massen bekanntmacht. Ich fordere, dass diese Paragraphen und das Verbot über die KPdT, die älteste Partei unserer Türkei, aufgehoben werden. Das ist die Pflicht eines jeden Demokraten.

Im ganzen Europa ist die Türkei das einzige Land, in dem die Kommunistische Partei nicht legal ist. Auf der ganzen Welt kann man Anzahl der Länder mit den Fingern einer Hand aufzählen,wo die kommunistische Parteien verboten sind. Es handelt um Länder wie Iran, Chile, Pakistan, Nikaragua,bei denen man von einer Demokratie nicht sprechen kann. Dass die kommunistische Partei die Voraussetzungen für legale Arbeit besitzt, ist eine Vorbedingung der Demokratie. Paragraphen 141 und 142, die vom faschistischen Italien Mussolinis übernommen wurden, sind heute Schandflecke für unser Land.

Aus all diesen Gründen darf diese Klage nicht eine Klage wegen des Verstosses gegen Paragraphen 141 und 142 sein, sondern sie muss eine Klage gegen die Paragraphen 141 und 142 sein. Nicht, ob die Veröffentlichung des Programms der KPdT eine Schuld darstellt, sollte untersucht werden, sondern ob diese Paragraphen gegen die Demokratie, gegen unsere Demokratie verstossen.

Verehrte Richter,

Die Urteile in dieser Klage werden für die Zukunft unseres Landes und unseres Volkes von Einfluss sein. Es geht um die Frage, ob in unserem Land die Demokratie oder der kalte Krieg, die Reaktion, der Fanatismus herrschen werden. Aus diesem Grunde geht es nicht darum, ob die Handlung mit den Paragraphen vom faschistischen Italiens der dreissiger Jahre in Übereinstimmung zu bringen ist, sondern darum, ob diese Paragraphen mit unserer Zeit, mit den Notwendigkeiten unseres Landes und mit den gesellschaftlichen Realitäten übereinstimmen.

Meine Anwälte werden erläutern, dass der Paragraph 142 des türkischen Strafgesetzbuches nicht dem Grungesetz entspricht."

Dass 48 Anwälte an der Verhandlung teilnahmen, bedeutete einen eindrucksvollen Protest gegen die Paragraphen 141 und 142 seitens der Juristen. Orhan Apaydın, der nach der Vernehmung von Taştan als Vorsitzender der Istanbuler Anwaltskammer eine beherzte Rede hielt, erläuterte die rechtsstaatlichen Grundlagen, warum diese Paragraphen nicht dem Grundgesetz entsprechen. Dann wurde dem Gericht ein Antrag mit 48 Unterschriften der Anwälte übergeben. In dem Antrag wurde die Grundgesetzwidrigkeit der Paragraphen 141 und 142 aufgezeigt und gefordert, dass die Klage an das Verfassungsgericht weitergeleitet wird. Der Schlussteil und die Forderungen des 15-seitigen Antrages waren wie folgt:

"Aus den o.g. Gründen ist der für den Angeklagten zur Anwendung geforderte Paragraph 142 des türkischen Strafgesetzbuches mit den Grundsätzen eines sich an Menschenrechte stützenden Demokratie, mit den allgemeinen Rechtsbestimmungen und mit Paragraph 19 der Internationalen Deklaration der Menschenrechte vom 1o.Dezember

1948 und mit Paragraph 9-10 des Europäischen Abkommens zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 und mit dem Grundsatz 7 des 1.Abschnitts der 'Grundsätze der gegenseitigen Beziehungen beteiligter Staaten' von der Europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit vom 1. September 1975 nicht in Einklang zu bringen.

Dieser Paragraph verstösst gegen Paragraph 20 und 21 des Grundgesetzes, weil er die Freiheit der Meinungsäusserung und- verbreitung verletzt, er verstösst gegen Paragraphen 2,4 und 12 des Preambels vom Grundgesetz, weil er jeden zwingt, im Einklang mit einem Schema zu denken, und er verstösst gegen Paragraph 33 des Grundgesetzes, weil er mit dem Grundsatz von 'Gesetzlichkeit der Schuld' überhaupt nicht in Einklang zu bringen ist.

Unser Einspruch, dass Paragraph 142 grundgesetzwidrig ist, ist äusserst ernst. Wir bitten und fordern, dass mit unserem Einspruch die Akten zur Aufhebung des für den Angeklagten geforderten Paragraphen 142 an das Verfassungsgericht geschickt wird."

Der Staatsanwalt erläuterte, dass er die Forderung der Weiterleitung an das Verfassungsgericht gemeinsam mit dem letzten, abschlägigen Bescheid des Verfassungsgerichts und mit den veränderten Voraussetzungen berücksichtigen und seine Ansicht darlegen wird. Die Verhandlung wurde auf 28.Dezember vertagt. Die Verhandlung, an der viele Zuhörer und Journalisten teilnahmen, wurde vom Fernsehen der BBC aufgenommen.

Die Zeitungen vom 18.Oktober räumten der Verhandlung sehr viel Platz ein. In den darauffolgenden Tagen brachten viele Zeitungskolumnisten ihre Meinung über die Legalität der KPdT zum Ausdruck.

Juristen, Journalisten und Gewerkschafter der Delegation, die wegen der Verhandlung in unser Land kamen, haben während ihres Aufenthaltes Verbindungen aufgenommen. Bei ihren Unterredungen mit dem Leiter unserer Zeitschrift Ural Ataşer und unserem Freund Ahmet Taştan betonten sie, dass das Verbot über die KPdT in den fortschrittlichen und demokratischen Kreisen ihrer Länder Reaktionen hervorriefen. An den Pressekonferenzen vom 15.Oktober in Istanbul und vom 16.Oktober in Ankara nahmen die ausländischen Gäste auch teil. Unser Freund Ural Ataşer und die sieben Gäste hatten in Ankara zuerst mit Mümtaz Soysal, Professor für Verfassungsrecht an der Fakultät für Politische Wissenschaften. Dann fand ein Gespräch mit dem stellvertretenden Generalsekretär der CHP Prof.Uğur Alacakaptan statt. Sowohl Soysal als auch Alacakaptan verteidigten die Notwendigkeit der Aufhebung der Paragraphen 141-142..Der stellvertretende Generalsekretär sagte, dass das Zahlenverhältnis im Parlament und der Aufbau der Regierung dies z.Z. nicht erlaubten. Dieses sei ein Thema im Programm der CHP. Sie würden dies verwirklichen, wenn CHP allein an die Regierung käme.

Später wurden im Parlament mit den CHP-Abgeordneten Ismail Hakkı Öztorun, Süleyman Genç, Azimet Köylüoğlu und Erol Saraçoğlu durchgeführt. Die CHP-Abgeordneten betonten, dass die Legalität der KPdT eine Notwendigkeit der Demokratie ist. Die Gäste hatten im Versammlungssaal der Grundgesetzkomission des Parlaments ein Gespräch mit Muammer Aksoy, dem Vorsitzender dieser Komission und dem Vorsitzenden der türkischen Juristenvereinigung.

Am selben Tag wurde im Anwaltskammer mit dem Vorsitzenden der Türkischen Anwaltskammer Prof.Faruk Erem gesprochen. Erem bezeichnete die Existenz der Paragraphen 141-142 als ein Menschenunrecht. Abschliessend hatten die Gäste in Ankara mit dem Sektionsvorsitzenden der Journalistengewerkschaft und dem weiteren Vorstand eine Unterhaltung. Am 17.10.78 hatten sie dann mit dem Vorsitzenden der Istanbuler Anwaltskammer Orhan Apaydın und mit dem Generalsekretär der Friedensgesellschaft Enis Coşkun Unterredungen.

Alle diese Unterredungen haben gezeigt, dass Paragraphen 141-142 aus dem Blickwinkel der Öffentlichkeit und des Rechts nicht gültig sein können.

Weltweite Solidarität

Beim Abschied von unserem Land gaben die Juristen in der Delegation eine gemeinsame Erklärung ab. In der Erklärung heisst es:

"Wir waren in die Türkei gekommen, um die Verhandlung von Ahmet Taştan zu verfolgen. Die Anklage gegen ihn aufgrund der Paragraphen 141-142 des türkischen Strafgesetzbuches wegen der Veröffentlichung des Programms der KPdT haben in unseren Ländern grosse Aufmerksamkeit erregt.

Paragraphen 141-142, die die Freiheit der Meinung und Vereinigungen beschränkt, verstösst gegen die vordersten Grundsätze einer Demokratie. Nunmehr ist es die Aufgabe der türkischen Justiz festzu-



DIE AUSLÄNDISCHEN GÄSTE BEI DEM VORSITZENDEN DER TÜRKISCHEN ANWALTSKAMMER PROF.FARUK EREM.

stellen, dass diese Paragraphen anti-demokratisch und gegen das Grundgesetz sind.

In der zweiten Strafkammer von Istanbul werden in der Verhandlung von 28.Dezember Urteile gefällt werden, dass zur Feststellung der Grundgesetzwidrigkeit dieser Paragraphen das Verfassungsgericht angerufen wird.

Eins ist klar, die Demokraten aller Länder einschliesslich der Türkei erwarten von 2.grossen Strafkammer Urteile, die mit den Paragraphen 9,10 und 11 der auch von der Türkei unterzeichneten Europäischen Menschenrechtsdeklaration in Einklang zu bringen sind."

Während der Verhandlung erreichten ÜRÜN unzählige Solidaritätstelegramme. Zugleich wurden Tausende von Telegrammen an den Ministerpräsidenten, den Justizminister geschickt, mit der Forderung das Verfahren zu stoppen. Überall in der Türkei wurden für ÜRÜN Solidaritätskomitees gegründet. Die Solidarität war so gross, dass wir die Anzahl der Botschaften zur Unterstützung für ÜRÜN nicht feststellen konnten.

Die Art und der Inhalt der Solidaritätsaktionen im Ausland war sehr verschieden. Der Generalsekretär der kommunistischen Partei Grossbritaniens McLennan übermittelte in seiner Botschaft an unsere Zeitschrift seine Solidarität, beglückwünschte ÜRÜN für diesen Kampf und betonte, dass sie in der englischen Öffentlichkeit versuchen würden, dieses Ereignis publik zu machen.

Der nationale Sekretär der kommunistischen Partei Belgiens Albert De Coninck forderte in einem Telegramm an den Ministerpräsidenten, das Verfahren zu stoppen.

In den Presseorganen der Kommunistischen Partei Belgiens Le Drapeau Rouge vom 5.Oktober und im Presseorgan der KPF L'Humanite vom 14.Oktober wurden über die Programmklage Artikel veröffentlicht.

Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Schwedens und der Abgeordnete Lars Werner protestierte in Botschaften an den Ministerpräsidenten und an ÜRÜN die Programmklage und das Verbot über die KPdT.

Der Arbeiterverein der Türkei in Belgien schaffte in sehr kurzer Zeit ein Protesttelegramm an den Ministerpräsidenten mit 1100 Unterschriften. Unter den Unterschriften gab es neben belgischen und ausländischen Arbeitern angesehene Persönlichkeiten und Intellektuelle: Vorsitzender der Kommunistischen Partei Belgiens Lovis van Geyt, die zweiten Vorsitzenden Jef Turf und Claude Renard, Mitglied von Politbüros Rosine Lewine, Vorsitzender der Jungkommunisten Marc Somville, die Berater des Aussenministers Van Hemeldenck und M.Wachtergaele, sehr viele Professoren, Jour-

nalisten, Künstler u.s.w. Ausserdem wurde das Telegramm von der Zentrale der Belgischen Christlichen Friedensbewegung und vom Komitee Nationale Aktion für Frieden und Aufbau unterschrieben.

Die Abgeordneten der Kommunistischen Partei Frankreichs im Europäischen Parlament (Ansard,Eberhard, Porcu, Soury und Bordu, der der stellvertretender Parlamentspräsident ist) schickten jeweils an den Ministerpräsidenten Ecevit und an die 2.Grosse Strafkammer Telegramme. Der Abgeordnete Porcu unter ihnen hat ausserdem eine schriftliche Anfrage an die Komission der EG und an die Ministerrunde bezüglich der anti-demokratischen Situation gerichtet.

Nach einem Aufruf der Kommunistischen Partei Frankreichs versammelten sich Studenten und Arbeiter aus der Türkei am 15.Oktober in Paris. In der Versammlung wurde ein gemeinsamer Text erarbeitet, abgestimmt und an den Ministerpräsidenten übersandt.

Acht angesehene französische Intellektuelle protestierten in einer gemeinsamen Erklärung die Verhandlung: Maler Cueco, Philosoph Lucien Seve, der Physiker Pierre Saegle, Dirigent Diego Masson, Filmemacher Louis Paqrien und Bertrand Favernier, der Fernsehleiter Maurice Failerve und Rechtsanwalt Nicole Dreyfus.

In London wurde am 17.Oktober eine vom Verein der Fortschrittlichen aus der Türkei Protestdemonstration durchgeführt. An der Demonstration beteiligten sich viele türkische,englische,portugiesische, griechische,irakische,zypriotische Vereine. Sie führte unter Fackeln zur türkischen Botschaft und dort wurde eine Rede gehalten.

In Holland wurde als Abschluss einer von der Vereinen der Arbeiter, Lehrer und Frauen aus der Türkei organisierten Kampagne ein Protestschreiben mit 73 Unterschriften von Vertretern fortschrittlicher Vereinigungen aus vielen Ländern übersandt.

In einer vom Verein der Fortschrittlichen aus der Türkei organisierten Kampagne in East Midlands wurde ein Telegramm an Ecevit übersandt, mit 41 Unterschriften von Vertretern unterschiedlicher Vereinigungen. In Yorkshire gaben 34 Vereine ihre Unterschriften.

Am 29.September gaben im Europäischen Parlament die Abgeordneten von Kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens, Portugals und Spaniens (Boucheny,Depietri,Deschamps,Rossi,Benini,Carvalhos, Coralla,Lopez,Marques) eine gemeinsame Erklärung ab und kritisierten die Programmklage und forderten Freiheit für die KPdT. Unter ihnen Carvalhos aus Portugal ergriff in der Generalversammlung das Wort und sprach über dieses Thema.

In West-Berlin schickte das Solidaritätskomitee für ÜRÜN eine Botschaft an den Ministerpräsidenten mit 2533 Unterschriften.

Zusätzlich zu den in unseren letzten Nummern genannten schickten an ÜRÜN folgende Vereinigungen Solidaritätsbotschaften: FIDEF, Komitee der Frauenrechte West-Berlins, 23 ÜRÜN-Leser in Mainz, Verein Demokratischer Frauen in Berlin, ÜRÜN-Leser aus Mannheim und Umgebung, Verein zur Wahrung der Menschenrechte Belgiens, Türkische Arbeiter in Lausanne, die Arbeiter BMW aus München, Demokratischer Arbeiterverein in West-Berlin,Türkische Frauenföderation in Europa,Vereinigung der Frauen aus der Türkei in West-Berlin,Türkische Sozialistengemeinschaft, Vereinigung der Lehrer aus der Türkei, Türkische Akademiker und Künstlerverein, Verein der Arbeiter aus der Türkei in Hildesheim, Verein der Fortschrittlichen aus der Türkei in Yorkshire,ÜRÜN-Leser aus Essen,Verein der Fortschrittlichen aus der Türkei in Sussex, Arbeiter-Jugend Verein der Türkei in Düsseldorf, Verein der Arbeiter und Studenten aus der Türkei in Münster, 15 Arbeiter und Intellektuelle einer Solidaritätsversammlung für ÜRÜN, Verein der Antifaschisten in der BRD, Vereinigung Demokratischer Juristen Griechenlands, Verein der Frauen aus der Türkei Weinheim, Siemensarbeiter aus München, Sektion Strassburg des Vereins der Studenten aus der Türkei, Verein der Fortschrittlichen aus der Türkei in Schweden, Komitee für Frieden und Freiheit der Türkei,Verein der Studenten aus der Türkei in Birmingham, Arbeiterverein Willingen-Schweningen,Arbeiterverein in München, Arbeiterverein zur gegenseitigen Unterstützung in Duisburg, Verein der Studenten aus der Türkei in Stuttgart und Solidaritätskomitees für ÜRÜN in Dortmund,Bochum, Nordrhein-Westfalen,Köln,Leverkusen,Düsseldorf,Siegen,Herne-W-Eickel,Duisburg,Münster,Hamm,Essen,Bergkamen,Recklinghausen, Gelsenkirchen.

Also hat die nationale und internationale Solidarität schon bei der ersten Verhandlung solche Dimensionen erreicht.

Die im Inland und Ausland wachsende Solidaritäts- und Aktionseinheit ist die einzige Hoffnung unseres Volkes gegen den Faschismus und die faschistische Gefahr. Die Solidaritäts - und Aktionseinheit wird die faschistische Gefahr und die, die sich an sie stützen, stürzen.

DIE ZWEITE VERHANDLUNG IST AM 28.DEZEMBER!
LASST UNS DIE SOLIDARITÄT NICHT VERGESSEN!"

ANTIDEMOKRATISCHE PRAKTIKEN DER ECEVIT-REGIERUNG

Obwohl der faschistische Terror zunimmt und die Quelle dieser Mord-Maschinerie wohl bekannt ist, greift die Regierung progressive Organisationen und Personen mit der Begründung an, sie sei gegen Rechts- und Linksextremismus. So wird den fortschrittlichen Kräften vorgeworfen, sie seien an diesem Terror Schuld (Der wohl unverbesserliche Fehler der Sozialdemokratie).

-Die Büros der Grundorganisationen des fortschrittlichen Jugendverbandes (IGD) in Izmir und Gaziantep werden geschlossen. Die Vorstandsmitglieder werden bis zu 1,5 Jahren eingekerkert.
-Der Antrag des fortschrittlichen Frauenverbandes (IKD) auf Mitgliedschaft in der IDFF (Internationale Demokratische Frauenföderation) wird abgelehnt.
-Die, die Interessen der Bauern vertretenden Vorstandsmitglieder der Köy-Koop werden ausgesiebt.
-Der progressive Verein der Polizeibeamten wird verboten.
-Subversive Gewerkschaften werden von rechtssozialdemokratischen Parlamentarien der CHP offen (mit Maoisten zusammen) gegründet und gefördert.
-Als ob der Terror mit den vorhandenen Gesetzen nicht aufzuhalten wäre, werden neue Gesetzenentwurfe gegen die "Anarchie" vorbereitet, die eher links schlagen werden.Bei den Gesetzenentwürfen werden den Sicherheitsorganen neue Unterdrückungsrechte eingeräumt.Versammlungen und Demonstrationen können nach diesem Gesetz zeitlich verschoben oder verboten werden. Das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung wird den Polizei- und Staatsbeamten völlig abgesprochen.

Mit dem neuen Vereinsgesetzentwurf könnte man fast alle heute existierenden demokratischen Vereine und Gewerkschaften verbieten. (Paragraph 35 Absatz d: "Die Vereine dürfen sich in keiner Weise und Richtung politisch betätigen") Der Vorsitzende der Anwaltskammer von Istanbul Orhan Apaydın kommentiert: "Was in der Türkei gemacht werden muss, ist nicht die Einschränkung der Organisationsfreiheit. Die Organisationsfreiheit muss ohne Begrenzung anerkannt und die politische Organisierung der Arbeiterklasse ermöglicht werden. Das ist der einzig wirkungsvolle Weg zur Beseitigung des faschistischen Terrors...Unter dem Vorwand, man werde die faschistische Organisierung beschränken, wird die Teilnahme der Massen an der Demokratisierung verhindert." (Cumhuriyet,28.11.78)

Es muss hier noch hinzugefügt werden, dass ähnliche Gesetzenentwürfe in der Amtszeit der MC-Regierungen (Demirel-Türkeş-Erbakan) nicht durchgesetzt werden konnten. Damals hatte die Oppositionspartei-CHP gegen solche Gesetzenentwürfe entschieden protestiert.

-Die Gebiete Ost- und Südanatolien der Türkei werden zum grössten Teil von Kurden bewohnt. Die Verweigerung der elementaren Menschenrechte der Kurden hat eine alte Tradition. Nicht einmal dürfen die Kurden ihre eigene Sprache benutzen. Diskriminierung, Terrorüberfälle von Gendarmerieeinheiten sind kein neues Bild in Ostanatolien.



Auch unter der Ecevit-Regierung wird die Existenz der Kurden als Nation nicht anerkannt, die Assimylationspolitik vorangetrieben. Die Unterdrückung der Kurden wird zusätzlich durch militärische Manöver verstärkt.(Bei einem Manöver der Gendarmerie in Ostanatolien wurde ein Dorf "vernichtet". Dies soll eine Übung gegen einen angeblichen Kurden-Aufstand sein).

Dieses Vorangehen ist gegen jegliche internationale Vereinbarungen, wie UNO und Helsinki Beschlüsse. Die türkische Regierung hat die Schlussakte von Helsinki unterzeichnet. Die 8. Absatz dieser Schlussakte lautet:

"Kraft des Prinzips der Gelichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker alle Völker jeder Zeit das Recht, in voller Freiheit, wann und wie sie es wünschen, ihren inneren und äusseren politischen Status ohne äussere Einmischung zu bestimmen und ihre politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nach eigenen Wünschen zu verfolgen."

AP Kongress

Zwischen 21.10-24.10.1978 fand der ordentliche Kongress der AP (Gerechtigkeitspartei) statt.Süleyman Demirel wurde wieder zum Parteipräsidenten gewählt.

Aus dem Kongress geht hervor,dass die AP weiterhin mit der faschistischen Partei MHP zusammenarbeiten werde.Der wiedergewählte Demirel sicherte der MHP jeglichen Schutz und Unterstützung ihrer Partei zu.

Auf dem Kongress bekamen die rechtsradikalen Politiker innerhalb der AP die Führungsposten.Einer von ihren ist der Faik Türen,der berüchtigte ehemalige Kommandeur von Istanbul in der Zeit nach dem faschistischen Putch am 12.März 1971.Er wurde mit grosser Mehrheit zum Vorstandsmitglied gewählt.

Das Telegramm von Ecevit an den Kongress wurde schweigend aufgenommen, während das Telegramm von Türkeş begeistert und mit Beifall entgegen genommen wurde.

Schutzherren der MHP und Türkeş

Demirel wusste schon von Anfang an,dass die MHP eine faschistische Partei ist und sich das Nazi-Reich als Vorbild nimmt.

Dies geht aus dem Bericht des türkischen Generaldirektoriums für Sicherheit hervor,der während der Amtszeit Demirels im Jahre 1970 verfasst wurde und als geheime Akte der Regierung (dem ehemaligen Ministerpräsidenten Demirel) zugestellt wurde.Trotzdem hat er die MHP unter seinem Schutz genommen und liess sie grosszüchten.

Dieser Bericht wurde von Ministerpräsident Ecevit auf dem ausserordentlichen Kongress der CHP am 7.11.78 erklärt.

Bericht über MHP

Im Bericht heisst es über die Grauen Wölfen-Ausbildungslager der MHP und ihrer nahstehender Organisationen:
"von den MHP-Jugendverbänden,den Idealistenverbänden,der Jungenidealistenverbänden und von National-Türkische-Studentenverbänden organisierte,geführte,finanziell und moralisch unterstützte Ausbildungslager für Kommandos,vollzieht die ideologische und physische Erziehung und Ausbildung der Jugend nach der turanischen Ideologie.Sie wurden ab 1968 in vielen grossen und kleinen Städten gegründet."
"......nach dem Muster von SS und SA in Hitlers Deutschland gegründete Ausbildungslager für Kommandos......."

Dann befasst sich der Bericht mit der Lage einzelner Ausbildungslager.In diesem Teil werden die Beziehungen der MHP-Spitzen zu diesen Lagern deutlich.Alle wurden von MHP geführt und gegründet.

Im Bericht heisst es über die Ausbildungslager in Bursa/Mudanya Nr.24 "....MHP Vorsitzender Türkeş traf in Bursa ein,besichtigte den für ein Ausbildungslager vorgesehenen Platz und befahl den Zuständigen für die Gründung...." "....die Bedürfnisse der Lager

- würden vom Vorstandsmitglied der MHP Kâmil Koç und der MHP Grundorganisation in Bursa gedeckt..."

Nr.26 zu Lager in Bursa: "... Im Lager werden Schiessübungen mit 2 Pistolen und 3 Gewehren durchgeführt, die der MHP-Stadtvorsitzende in Gaziantep Cengiz Gökçek und Abdullah Özsimitçi von Schiessclub versorgt hatten." (Cengiz Gökçek ist heute MHP-Abgeordnete und war Zollminister während 2.MC-Regierung.)

Dann werden die Taten der Grauenwölfe, die Namen der Turanisten, mit Türkeş an erster Stelle mit ihren Lebenslauf und Kontakten zu Nazi aufgezählt.

Vorbild ist das Nazi-Reich

Am Schluss fasst man zusammen "…. unter der Maske des türkischen Nationalismus erhöhen sie ihre Aktivitäten für eine Durchsetzung der national-sozialistischen Ideologie in der Türkei.…" "Die Ziele der Turanischen können unter 3 Punkten zusammengefasst werden: a) Mit Hilfe der Kommandos-Ausbildungslager und der Jugendverbände vielfältiger Propaganda streben sie den Sturz der Regierung und der Machtergreifung an. b) Nach der Machtergreifung die Durchsetzung der national-sozialistische Ideologie mit verschiedenen Unterdrückungsmethoden. c) ...dann die Zusammenschliessung aller Türken in der Welt auf dem sogenannten Turan-Territorium und die Verwirklichung des Prinzips eine Nation ist ein Staat....danach bezielen sie die Ausrottung der Minderheiten ausserhalb der türkischen Rasse..."

Heute leugnet Demirel unverschämt die Echtheit dieses Berichtes, denn er hat die MHP in seinem Schoss gezüchtet.

Widerstand gegen die faschistische Eskalation



MACHTVOLLER TRAUERZUG IN DÜZCE FÜR ÖNDER ALKAN,DER VON MAOISTEN ERSCHOSSEN WURDE.

Es werden täglich 3-5 Menschen durch den faschistischen Terror ermordet.Die Opfer sind nicht mehr nur Arbeiter,Studenten und Lehrer sondern auch Schriftsteller,Journalisten und Hochschulproffesoren. In fast jeder Stadt gibt es täglich mindestens einen Trauerzug.Und diese Trauerzüge gestalten sich zu grossen Protestdemonstrationen, in denen das Volk zum organisierten Kampf gegen den Anstifter dieses Terrors aufgerufen wird.

Ein Beispiel dafür war der Trauerzug am 26.11.78 in Istanbul für den ermordeten Dip.Ing. Kenan Öztürk (Mitglied des Fortschrittlichen Jugendverbandes,IGD).Genauso massenhaft war die Trauerzug-Demonstration,die wegen der Ermordung des fortschrittlichen Dozenten Necdet Buluts in Istanbul am 10.12.78 stattfand.An diesem Trauerzug hatten auch Abgeordnete der Republikanischen Volkspartei teilgenommen.

Ausserdem nahmen alle demokratischen Organisationen am Trauerzug der 7 bestialisch ermordeten TIP-Mitglieder (Türkische Arbeiterpartei) teil.Der Trauerzug für den ermordeten Ali Ihsan Özgür(einer der Redakteure der progressiven Tageszeitung Politika) wurde zu einer machtvollen antifaschistischen Demonstratin,an der zehntau-

In einer Vertreterversammlung der DISK vom 20.11.78 wurde eine Resolution verabschiedet,in der wichtige Aussagen zum antiimperialistischen Kampf getroffen wurden:
"Die Vertreterversammlung bekräftigt noch einmal die Grundsatzbeschlüsse der DISK-Vollversammlungen,die beinhalten,dass die Türkei aus den militärischen Organisationen NATO und CENTO und aus den wirtschaftlichen Organisationen wie OECD,IMF,EWG austreten solle. Ausserdem sollen die bilateralen Verträge zwischen Türkei und USA, aufgekündigt werden.

Stattdessen ist eine Aussenpolitik zu verfolgen,die sich für die Erhaltung des Friedens und die Abrüstung eintritt.Auf der Grundlage dieser Grundsatzbeschlüsse wendet sich die Vertreterversammlung gegen die Wiederöffnung von US-Militärbasen".(Milliyet,von 21.11.78)

In dieser Resolution wird die Regierung weiterhin aufgefordert, wirkungsvollere Massnahmen gegen die faschistische Eskalation zu ergreifen.

Ein wichtiges Ereignis für die Stärkung der demokratischen Kräfte in der Türkei sind die Bemühungen der DISK,die eine Zusammenarbeit mit 33 anderen demokratischen Organisationen anstrebt.Gemeinsam wird eine Platform erarbeitet,die die Grundlage bieten für einen aktiven Kampf gegen faschistischen Terror und Agression.

"Der Verband Revolutionärer Gewerkschaften (DISK) hat alle demokratischen Kräfte des Landes aufgerufen, sich auf einer antifaschistischen Platform zu vereinigen. In Ankara trafen sich 4200 Mitglieder der DISK zu einer Diskussion über den "Kampf gegen Faschismus und Terrorismus". In seiner Rede vor der Delegiertenversammlung verurteilte der DISK-Vorsitzende Abdullah Baştürk die faschistischen Kräfte in der Türkei,"auf einen Staatsstreich hinzuarbeiten, indem sie die Bevölkerung einschüchtern, seperatistische Bewegungen in einzelnen Regionen fördern und bürgerkriegsähnliche Zustände anstreben." (zitiert aus "Extra Dienst" vom 15.12.78)

Selbst in der CHP verstärken sich die Meinungsverschiedenheiten über die Politik der Ecevit-Regierung.So gibt es starken Protest seitens vieler Abgeordnete der CHP gegen die Gesetzentwürfe der Regierung,die zutiefst antidemkratisch sind.

Am 22.11.78 fand eine Zusammenkunft der CHP-Abgeordneten statt,in der der Abgeordnete Hasan Yıldırım aus Kars sagte:
"Mit diesen Gesetzentwürfen wird versucht,einen Polizeistaat zu gründen.Machen wir jetzt das,was wir,als wir in der Opposition waren,abgelehnt haben?" (Milliyet,von 23.11.78)

Auf der Zusammenkunft am 6.12.78 warnte der Senator Selahattin Cizrelioğlu aus Diyarbakır Ecevit davor,einen diktatorischen Weg ein-

zuschlagen.Auch der CHP-Abgeordnete Ünsal kritisierte die Regierung:
"Was die Regierung als Quelle des Terrors ansieht,ist nicht die tatsächliche Quelle der Ereignisse.Deren wirkliche Urheber besitzen parlamentarische Immunität und diese Immunität hat die Regierung bisher noch nicht angerührt."

Diese Äusserung spielt auf die üble Rolle der MHP und deren Vertreter Türkeş an.

Da von der Regierung keine ausreichende Massnahmen zum Schutz der Menschenleben gegen den Terror zu erwarten sind,sieht sich die Bevölkerung gezwungen,selbst ihr Leben zu verteidigen.In Stadtbezirken und anderen Gebieten gründen sich Volkskomitees,die die Familienangehörigen von Ermordeten unterstützen,indem sie eine breite Kampagne der moralischen und ökonomischen Hilfe organisieren.

So rufen sie zur massenhaften Teilnahme an der Trauerzügen für die Ermordeten auf und sammeln Geld.

Aufruf der KPdT vom 5.10.78

"...Die faschistische MHP fordert den Ausnahmezustand. Auf dieser Weise wird die Absicht nach der Intensivierung ihrer blutigen Angriffe offenkundig. Der terroristische Schlagstock des US-Imperialismus und der kallaborierenden Bourgeoisie zwingt die Regierung zum Ausnahmezustand. Dabei wird die Absicht verfolgt,die Armee auf die fortschrittlichen Kräfte, auf die Arbeiterbewegung durch die Regierung zu hetzen, von diesem Zustand zu profitieren und an die Macht zu kommen...Die Kraft,die dem Faschismus den Weg versperrt, ist die organisierte, massenhafte Kampfeinheit des Volkes. Die Kämpfe und Aktionen der Arbeiterklasse,der Werktätigen und ihrer Organisationen werden den imperialistischen Druck und die faschistische Eskalation zum Rückzug zwingen und besiegen.
In solch einem Zustand müssen die Arbeiterklasse und das Volk die Aufgabe der Rettung der Menschenleben und der Verteidigung der demokratischen Rechte übernehmen, es werden neue Kampforganisationen gegründet."

Aussenpolitik

Die Wiedereröffnung von US-Militärbasen:

Die nachgiebige Politik der Ecevit-Regierung gegen den verstärkten Druck des Imperialismus hat seine Früchte. Als eine der Gegenleistungen für die Aufhebung des "Waffenembargos" wurden 4 Militärbasen wiedereröffnet (d.h.ihre Funktionen wurden intensiviert).

Es handelt sich um folgenden Basen:

1)<u>Kargaburun</u>: Diese Militärbasen kontrollieren die sowjetischen Schiffe, die vom Schwarzen Meer in das Ägäische und das Mittelmeer auslaufen.

2)<u>Sinop</u>: Diese Basis hat vor allem die Aufgabe, die sowjetische Flotte im Schwarzen Meer nachzuspüren.

3)<u>Incirlik</u>: Amerikanische Spionageflugzeuge und Nuklearraketen sind hier deponiert.

4)<u>Pirinçlik</u>: Alle Radar- und Abhörinformationen werden auf dieser Basis gesammelt, die in Süd-Ost Anatolien liegt.

Die Wiedereröffnung der amerikanischen Militärstützpunkte, die im Dienste der aggressiven US-Imperialismus stehen und unsere Sozialistischen Nachbarn (an der Spitze die SU) ständig bedrohen, bedeutet die wiedermalige Preisgabe unserer nationalen Souverenität.

Die progressiven Kräfte in der Türkei führen einen entschlossenen Kampf gegen diese (insgesamt über 30) US-amerikanischen und die 61 NATO Agressionsbasen.



US-AMERIKANISCHE AGGESSIONSBASEN IN DER TÜRKEI

NATO-Frühwarnbasis

USA-Nachrichtenbasis

USA-Basis für nukleare Raketenversuche

USA-Nukleare Waffenarsenal

<u>ZYPERN</u>:

Der letzte einstimmige Beschluss (29.11.78) des UNO-Sicherheitsrates über die Zypernfrage hat die politischen Kreise in Ankara

sehr beunruhigt. Der Beschluss fordert die türkische Regierung auf, bis zum Ende Mai 1979 alle Besetzungstruppen zurückzuziehen. Der Vertreter der Türkei in der NATO Orhan Eralp erklärte daraufhin: "Mit diesen Bedingungen kann dieser Beschluss für die türkische Regierung nicht verbindlich sein." Die 33 Vollversammlung der UNO hatte Anfang November 78 eine ähnliche Resolution verabschiedet.

Die jetzige Haltung der türkischen Regierung gegen diese Beschlüsse dient der aggressiven Spalterpolitik der NATO und CENTO.

Zypern muss von allen fremden Truppen gesäubert werden. Vor allem die britischen Basen bilden eine grosse Gefahr auf dieser Insel. Beide Völkergruppen der Mittelmeerinsel werden der imperialistischen Spalterpolitik ein Ende setzen. Der Wunsch der Bewohner dieser Insel ist ein friedliches Zusammenleben.

Türkisch-Sowjetische Beziehungen

Am 1.12.78 wurde das türkisch-sowjetische Handelsabkommen unterzeichnet. Dieses Abkommen sieht eine Erweiterung der Handelsbeziehungen und der wirtschaftlich-technologischen Zusammenarbeit vor.

a) Die Kapazität des türkisch-sowjeitschen Handels wird um 150% erweitert.

b) Der Rohölbedarf der Türkei wird zum grössten Teil von der UdSSR gedeckt. (3 Million tonnen Öl)

c) Am Euphrat wird ein Kraftwerk (50 Milliar m^3) gebaut. (Karababa-Staudamm)

d) Ab 1.1.79 wird die Türkei mit elek.Energie versorgt.(1 milliar kwh)

e) Die Produktion der Iskenderun-Eisen-Stahl und Seydişehir Aluminium Betriebe werden verdoppelt. (Diese Komplete wurden mit sowjetischer Hilfe gegründet).

Wie wir diesen Angaben entnehmen können, sind die Handelsverträge für die türkische Wirtschaft von grösster Bedeutung. Die Entwicklung der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern trägt für die Türkei stets einen vorteilhaften Charakter. Besonders die Schwerindustrie wird mit der sowjetischen Hilfe gefördert.

Besuch der Sowjetischen Flotte

Zum ersten Mal seit 40 Jahren haben 2 sowjetische Kriegsschiffe am 16.11.78 in Istanbul einen offiziellen Besuch abgestattet.

Dieser Besuch ist für die Entwicklung der freundschaftlichen türkisch-sowjetischen Beziehungen von grösster Bedeutung. Anlässlich dieses Besuches gaben 25 demokratische Organisationen in Istanbul eine gemeinsame Erklärung ab. Wir zitieren: "Wir wissen, dass der Kampf für die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Türkei und dem Verteidiger des Weltfriedens, der Sowjet Union, identisch ist mit den Interessen unseres werktätigen Volkes.

Es lebe die Freundschaft und Solidarität der Völker der Türkei und der UdSSR."

Der Gegenbesuch der türkischen Kriegsschiffe wurde in Odessa abgestattet.

Wirtschaftliche Lage

Einige Zahlen zu der katastrophalen Lage:

- -Nach den Angaben des türk. Finanzministeriums beträgt das Defizit des Haushaltes von 1977 47,700 Milliarden TL. (=3,18 Milliarden DM) (Das grösste Haushaltsdefizit in der Geschichte der türk. Republik.)

- -Die Auslandsverschuldung (mit Zinsen) beträgt 19 Milliarden Dollar (September 1978). 1967 betrug diese Verschuldung 1,34 Milliarden Dollar.

- -Der Aussenhandeldefizit von 1977 beträgt 4,3 Milliarden Dollar.

- -Nach 7maliger Devaluation wurde der türkische Lira (TL.) um 60% abgewertet (seit März 78). Nur wegen dieser Abwertung muss die Türkei für die Industrie-Importe 2,25 Milliarden Dollar mehr zahlen.

- -In den ersten 8 Monaten dieses Jahres wurde die Emmisionsvolume des TL zu 25 Milliarden TL ohne Gegenwert vergrössert.

- -Nach den Angaben der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) sind die Preise in der Türkei seit einem Jahr um 67% gestiegen. In derselben Zeit ist nur eine 7,2 prozentige Erhöhung der Arbeitslöhne zu verzeichnen. (Angabe der sozialen Versicherungsanstalt der Türkei)

- -Arbeitslosenzahl 5,71 Millionen. (nach offiziellen Angaben)

Verstärkte Druck des Imperialismus

Mit diesen Zahlen wird der verstärkte Druck des Imperialismus unmissverständlich deutlich. Der Imperialismus benutzt alle Möglichkeiten (z.B.durch IWF,Weltbank,OECD,EWG), um die türkische Wirtschaft immer mehr von sich abhängig zu machen.

Die Zange der IWF zwingt der Türkei ihre politischen Forderungen auf. So musste die Ecevit-Regierung z.B.für den ersten Teil des IWF-Kredits das Geld um 35% abwerten und die Lohnerhöhungen der öffentlichen Angestellten stoppen. Für den zweiten Teil musste die Regierung die Preise der Grundnahrungsmitteln, die in Staatseigenen Betrieben erzeugt werden, erhöhen und für den dritten Teil des IWF-Kredits musste im Parlament ein neues Steuergesetz im Interesse der Grossbourgeoisie verabschiedet werden. Die Stärke dieses Druckes der imperialistischen Finanzkreise zwang Ecevit in seiner Rede auf dem ausserordentlichen Parteitag der CHP zu der Aussage:

"In einer annehmbaren Zeit wird die Türkei ihre Schulden aus Ausland zurückzahlen.Aber wenn es Kräfte gibt, die die Türkei in die Ecke stellen wollen, indem sie politische Ziele verfolgen oder uns für uns unannehmbare Rezepte vor die Nase halten, die würden sich umsonst bemühen." (Milliyet vom 6.11.78)

Das sind drohende Worte Ecevits.Wir würden hoffen,dass seine Taten diesen Worten entsprechen.Es ist aber nicht der Fall.Seine Regierung gibt den Forderungen der imperialistischen Organisationen jeden Tag mehr nach.

Ende November 78 wurde der 4.Fünfjahresplan im Parlament verabschiedet. Der Plan hat jedoch einen Haken! Er kann nicht in die Tat umgesetzt werden,wenn nicht ein neuer Kredit aus dem Ausland über 15 Milliarden Dollar gewährleistet wird.

"..Ausser dem Terrorismus wachsen der Regierung von Ankara auch andere Probleme über den Kopf. Die galoppierende Inflation ist kaum mehr zu stoppen. Die Inflationsrate liegt heute nach offiziellen Angaben bei 79 Prozent. Dies hat sich an erter Stelle verheerend auf den Wohnungsmarkt ausgewirkt.Wer eine Eigentumswohnung in einer grösseren Stadt kaufen will,muss für ein 70 qm grosses Ein-Zimmer-Appartement mindestens eine halbe Million Liras (15 Lira sind zur Zeit eine Mark Wert) aufbringen.Grössere Wohnungen (140 bis 200 qm) kosten je nach Stadtteil bis zu 25 Millionen Liras. Die Mieten sind auch dementsprechend. Zweizimmerwohnungen sind nicht unter 6000 Liras zu finden. Für einen einfachen Angestellten oder Arbeiter kaum erschwinglich! Im Durchschnitt liegt ihr Verdienst bei 128 Liras täglich." (Zitiert aus Frankfurter Rundschau vom 1.12.78)



Freiheit für die KP der Türkei!

Herausgeber: TBÖK
Garten str. 96, 6000 Frankfurt/M.70